Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 20. Februar 2008
Ausgabe 035

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **2**
Meldungen **3**
› Glückwünsche für Professor Hellmut Mehnert zum 80. Geburtstag 3
› Medaille „München leuchtet" in Silber für Josef Redl 3
› Rekordbilanz: 352 Millionen Euro für Berufsschulen 4
› Neue Filmreihe gegen Politikverdrossenheit bei Jungwählern 5
› Errichtung eines Gewerbehofes in Laim an der Landsberger Straße 6
› Riemerschmid-Villa in Pasing – das weitere Gutachten liegt vor 6
› Durch Umweltschutz Geld sparen: Ökoprofit-Betriebe zeigen, wie es geht 7
› Lesung und Gespräch mit Anja Tuckermann 9
› Ausstellungseröffnung Yoshua Okon „Subtitle" in der Lothringer 13 10
› Konzerte im Musikinstrumentenmuseum 11
Antworten auf Stadtratsanfragen **12**
› Postfilialen – ist die Versorgung in der Altstadt gefährdet? 12
› Gleichbehandlung von hinterbliebenen Lebenspartnern mit Ehepartnern bei Bestattungen 14

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

**Freitag, 22. Februar, 9.45 Uhr, Friedhof am Perlacher Forst,
Treffpunkt: Haupteingang Stadelheimer Straße**
2008 jähren sich die Hinrichtungen der Mitglieder der Weißen Rose zum 65. Mal. Stadträtin Monika Renner (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zur Gedenkfeier an den Gräbern der Geschwister Scholl und von Christoph Probst, an der auch Überlebende der Weißen Rose teilnehmen werden.

Sonntag, 24. Februar, 16.30 Uhr, KorbiniansHaus der Kirchlichen Jugendarbeit, Kirchliches Zentrum, Preysingstraße 83 bis 105
Bürgermeisterin Christine Strobl nimmt an einer Gesprächsrunde im Rahmen der Feierlichkeiten 70 Jahre Erzbischöfliches Jugendamt München und Freising teil.

Montag, 25. Februar, 11.15 Uhr, Bocksdornstraße 23 c
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Raisa Frumina im Namen der Stadt zum 103. Geburtstag.

Bürgerangelegenheiten

**Mittwoch, 27. Februar, 19 Uhr,
Cafeteria des ASZ Schwabing-West, Eingang Hiltenspergerstraße 76**
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 4 (Schwabing-West) mit dem Vorsitzenden Dr. Walter Klein.

**Mittwoch, 27. Februar, 19.30 Uhr,
Cafeteria des ASZ Schwabing-West, Eingang Hiltenspergerstraße 76**
Sitzung des Bezirksausschusses 4 (Schwabing-West).

**Mittwoch, 27. Februar, 17.30 bis 19 Uhr,
BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b**
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Meldungen

Glückwünsche für Professor Hellmut Mehnert zum 80. Geburtstag
(20.2.2008) Oberbürgermeister Christian Ude gratuliert Professor Dr. Hellmut Mehnert zum bevorstehenden 80. Geburtstag: „Als Oberbürgermeister der Stadt, der Sie durch jahrzehntelange berufliche Tätigkeit verbunden sind, darf ich Ihnen im Namen des Stadtrats, wie auch persönlich, sehr herzlich zu Ihrem 80. Geburtstag gratulieren.
Als langjähriger Chef der III. medizinischen Abteilung des Städtischen Krankenhauses Schwabing und auch als Ärztlicher Direktor dieses Hauses haben Sie maßgeblich zum guten Ruf dieses städtischen Krankenhauses beigetragen. Ihr unermüdlicher Einsatz für die Belange an Diabetes erkrankter Menschen, sowohl in praktischer als auch forscherischer Hinsicht, kann nicht genug gewürdigt werden. Auch nach Ihrem Ausscheiden aus Altersgründen im Jahr 1993 haben Sie in nationalen und internationalen Gremien weitergearbeitet, insbesondere für Diabeteskranke.
Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Erfolg und vor allem Gesundheit und Glück."

Medaille „München leuchtet" in Silber für Josef Redl
(20.2.2008) Für seine vielen ehrenamtlichen Funktionen und zahlreichen persönlichen Initiativen wurde jetzt Josef Redl mit der Medaille „München leuchtet – Den Freunden Münchens" in Silber ausgezeichnet. Bürgermeisterin Christine Strobl überreichte dem Geehrten die Medaille in der Grützner-stube im Rathaus.
„Besonders möchte ich hervorheben, dass Josef Redl ein breites, übergreifendes und umfangreiches Engagement in unterschiedlichsten Bereichen ausübt", konstatierte Strobl bei der Ehrung. Redls Verdienste seien „bemerkenswert und herausragend", so die Bürgermeisterin. Der Münchner habe sich für Kinder und Jugendliche eingesetzt und sich für soziale Projekte ebenso engagiert wie für Projekte zur Förderung von Tradition, Brauchtum und Musik.
So habe Redl nicht nur beim Einrichten und Betreiben der Altstadtkinderstube „Münchner Kindl" mitgewirkt, sondern sei unter anderem auch viele Jahre Elternbeiratsvorsitzender an der Ostpreußen- und Lüderitzschule sowie am Gymnasium Max-Josef-Stift gewesen. Als Gründungsmitglied des Vereins zur Förderung der Münchner Sing- und Musikschule habe er sich sehr für die Belange der Schule eingesetzt. Auch die Förderung der Wastl-Fanderl-Schule, der Münchner Schule für Bairische Musik, sei Redl ein wichtiges Anliegen. Im kirchlichen Bereich sei der Münchner ebenso

aktiv geworden: etwa bei der Unterstützung und Organisation von Wohltätigkeitskonzerten. Anerkennung sprach die Bürgermeisterin in ihrer Rede dem 64-Jährigen auch für sein Engagement für den Münchner Fasching, das Oktoberfest und die Münchner Turmschreiber aus.
Redl hatte als Vizepräsident von „München narrisch" in der Mitte der 90er-Jahre die Neugestaltung der Faschingsdekoration in der Fußgängerzone initiiert. Seit 1990 ist er außerdem für die Durchführung des Wiesn-Einzuges und des Münchner Trachten- und Schützenzuges verantwortlich. Als gastgebender Vizepräsident des Festrings benennt der Geehrte das offizielle Münchner Kindl und betreut die Ehrengasttribüne am Odeonsplatz.
Darüber hinaus organisiert Redl seit 1978 den Traditionsabend der Münchner Turmschreiber. Die süddeutsche Literatenvereinigung hat sich der Pflege von Literatur, insbesondere im süddeutschen Raum, verschrieben.
An der Ehrung nahmen auch die Stadtratsmitglieder Helmut Schmid (SPD), Richard Quaas und Elisabeth Schosser (beide CSU) sowie der Münchner Ehrenbürger Professor Dr. Otto Meitinger teil.

(teilweise voraus)
Rekordbilanz: 352 Millionen Euro für Berufsschulen
(20.2.2008) Bei der Eröffnung des Erweiterungsbaus der beruflichen Schulen für Ernährungsberufe am Simon-Knoll-Platz betonte Oberbürgermeister Christian Ude die Verbesserungen des beruflichen Schulwesens in seiner Amtszeit: „Seit meinem Amtsantritt im Jahre 1993 sind allein für große Baumaßnahmen im beruflichen Schulwesen sage und schreibe 352 Millionen Euro investiert worden." Damit sei das berufliche Schulwesen Münchens, das seit den Zeiten des legendären Stadtschulrats Georg Kerschensteiner einen international guten Ruf genieße, wieder führend in der Bundesrepublik.
Besonders hob der OB das neue Berufsschulzentrum für Elektro- und IT-Berufe an der Bergsonstraße hervor, das 50 Millionen Euro gekostet hat sowie das neue Berufsschulzentrum Messestadt Riem für Finanz- und Immobilienwirtschaft sowie für Rechts- und Verwaltungsberufe, in das 42 Millionen Euro investiert wurden.
Als größtes Schulbauvorhaben der Stadtgeschichte bezeichnete Ude aber das Berufsschulzentrum an der Riesstraße, das Ende letzten Jahres eröffnet wurde und vier Berufsschulen unter einem Dach vereint: Für Steuern, für Informationstechnik, für Einzelhandel und Medienberufe.
Derzeit im Bau befindet sich die Berufsschule für Gartenbau und Floristik am Kapuzinerhölzl.
In das Schulzentrum am Simon-Knoll-Platz investiert die Stadt insgesamt 63 Millionen Euro. Nach der Fertigstellung des Erweiterungsbaus steht

jetzt die Sanierung des Altbaus auf dem Programm. Am Simon-Knoll-Platz werden die Auszubildenden des Hotel-, Gaststätten- und Braugewerbes, des Bäcker- und Konditoren-Handwerks sowie des Metzger-Handwerks unterrichtet.
Ude: „Diese Schulen sind also für Münchens weltweiten Ruf als besonders gastfreundliche Stadt äußerst wichtig."
Bei den Brauern hat Ude Anfang 2004 selbst einen Kurzlehrgang absolviert; seitdem wird in dieser kleinsten Brauerei Münchens auch das „OB-Bier" gebraut, das die Stadt wichtigen Gästen als Gastgeschenk überreicht.

Neue Filmreihe gegen Politikverdrossenheit bei Jungwählern
(20.2.2008) Durch die elfteilige Filmreihe „Das Image der Politik und der Politiker", die vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Auftrag gegeben wurde, sollen junge Menschen dazu aufgefordert werden, sich für den demokratischen Willensbildungsprozess zu interessieren und sich gegebenenfalls selbst politisch zu engagieren. In dieser Filmreihe werden Politiker und Politikerinnen unterschiedlicher Parteizugehörigkeit von der kommunalen Ebene über Landtag und Bundestag bis hin zur europäischen Ebene in ihrem politischen Alltag gezeigt.
Das Angebot umfasst folgende Filme:
- Sepp Daxenberger, Bürgermeister: „Ein Heimatfilm"
- Birgit Fischer, MdL Nordrhein-Westfalen: „Augen machen"
- Heiner Geißler, Bundesminister a.D.: „Altershellsichtig"
- Luc Jochimsen, MdB: „Timeline"
- Jean-Claude Juncker, Premierminister Luxemburg: „Der Europamacher"
- Silvana Koch-Mehrin, Europaabgeordnete: „Generation Europa"
- Matthias Platzeck, Ministerpräsident Brandenburg: „Hinhören und Verändern"
- Daniela Raab, MdB: „Für die Heimat nach Berlin"
- Florian Toncar, MdB: „Beeindruckt, nicht eingeschüchtert"
- Christian Ude, Oberbürgermeister: „Der Stadtvater"
- Christian Wulff, Ministerpräsident Niedersachsen: „Nutze den Tag"

Die DVDs können von allen Münchner Bildungseinrichtungen beim Pädagogischen Institut des Schulreferats ausgeliehen werden (Bestellung unter Telefon 2 33-2 84 69).
Für Interessierte aus dem nicht pädagogischen Bereich besteht die Möglichkeit, sich dieses Filmangebot beim Landesmediendienst Bayern unter Telefon 38 16 09-13 auszuleihen.

Errichtung eines Gewerbehofes in Laim an der Landsberger Straße
(20.2.2008) Der Stadtrat hat heute die Realisierung des Gewerbehofs Laim beschlossen. Noch in diesem Jahr wird der Baubeginn des neuen Gewerbehofs an der Landsberger Straße 234 erfolgen, der nach seiner Fertigstellung 2010 auf über 11.000 Quadratmetern Mietfläche zirka 50 Betrieben beste Standortbedingungen bieten wird. Dieses Vorhaben ist ein weiterer wichtiger Baustein des Münchner Gewerbehofprogramms. Zur Sicherstellung der Funktionalität sowie der städtebaulichen und architektonischen Qualität wurde ein Wettbewerb durchgeführt, dessen erster Preisträger, das Büro Bogevisch, Rainer Hofmann, Hans-Peter Ritzer aus München, mit der weiteren Planung beauftragt wurde. Bauherr und Betreiber des neuen Gewerbehofs, ist die MGH-Münchner Gewerbehof- und Technologiezentrumsgesellschaft mbH, eine Beteiligungsgesellschaft der Landeshauptstadt München, der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer.
Das Münchner Gewerbehofprogramm ist mittlerweile seit über 25 Jahren ein fester Bestandteil der Münchner Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik und ein Erfolgsbeispiel praktisch angewandter Mittelstandsförderung. Gewerbehöfe nutzen durch ihre verdichtete Bauweise die Grundstücksflächen besser aus und reduzieren dadurch die Kosten, erhalten die Mischung von Wohnen und Arbeiten in urbanen Verdichtungsräumen und verbessern die Entwicklungschancen der untergebrachten Betriebe. Derzeit werden in den bestehenden sechs Münchner Gewerbehöfen 80.000 Quadratmeter Fläche an über 300 Betriebe vermietet.
Langfristiges Ziel des Gewerbehofprogramms ist der weitere Ausbau eines stadtweiten, flächendeckenden Gewerbehofnetzes.
Rückfragen: Andreas Götzendorfer, Telefon 2 33- 2 46 42, E-Mail: andreas.goetzendorfer@muenchen.de

Riemerschmid-Villa in Pasing – das weitere Gutachten liegt vor
(20.2.2008) Die im vergangenen Jahr beantragte Fällung von 40 Bäumen auf dem Grundstück der Riemerschmid-Villa in Pasing war bereits mehrfach Gegenstand der Berichterstattung. Am 5. Dezember 2007 hat das Planungsreferat den Ausschuss für Stadtplanung und Bauordnung informiert und den Antrag der Stadtratsfraktion der Grünen aufgegriffen, ein weiteres unabhängiges Gutachten zu beauftragen, mit dem die Bäume auf ihren Erhaltungszustand untersucht werden sollten.
Das Ergebnis des Gutachtens liegt nun vor. Es bestätigt im Kern den Befund des Referats für Stadtplanung und Bauordnung und des Erstgutachters, dass die zur Fällung beantragten Bäume – insbesondere die Bäume

auf der Nordseite des Grundstücks – stark geschädigt, zum Teil akut umsturz- beziehungsweise bruchgefährdet sind. Einige Bäume sind so stark geschädigt, dass sie nach Einschätzung des Gutachters so rasch wie möglich entfernt werden müssen, um eine Gefährdung durch Baumschlag auszuschließen.
Für die übrigen Bäume zeigt das Gutachten sehr differenziert Erhaltungsmaßnahmen auf, mit denen ein Teil des Baumbestandes noch mittelfristig gehalten werden kann. Bereits vor einigen Jahren sind entsprechende Pflege- und Rückschnittmaßnahmen zur Sicherung des Baumbestands vorgenommen worden. Für den Fall des Erhalts sieht der Gutachter weiterhin die Notwendigkeit, den verbleibenden Baumbestand ständig zu kontrollieren, insbesondere nach stärkeren Windereignissen. Ein Erhaltungskonzept setzt daher die Mitwirkungsbereitschaft der Eigentümer voraus. Die Lokalbaukommission wird sich dementsprechend für einen Teilerhalt der Baumkulisse einsetzen. Gemeinsam mit dem Eigentümer wird zu untersuchen sein, ob nicht doch einzelne wertvolle Exemplar und größere Baumgruppen wenigstens noch für einige Jahre gehalten werden können. Über das Ergebnis der Verhandlungen wird das Referat für Stadtplanung und Bauordnung erneut berichten.
Das Planungsreferat weist bei dieser Gelegenheit erneut darauf hin, dass mit dem noch offenen Antrag keineswegs alle Bäume auf dem Grundstück zur Fällung beantragt worden sind. Auf der Grundlage des mit dem Antrag vorgelegten Gutachtens war auch der Eigentümer davon ausgegangen, dass 14 Exemplare, teils freistehend, teils in Gruppen erhalten und in das neue Konzept einbezogen werden können.

Durch Umweltschutz Geld sparen:
Ökoprofit-Betriebe zeigen, wie es geht

(20.2.2008) Ökologisch arbeiten und trotzdem den Profit erhöhen, das ist das Ziel des Projektes Ökoprofit, an dem sich im Jahrgang 2007/2008 22 Münchner Betriebe und Einrichtungen beteiligen. 18 dieser Unternehmen stellten jetzt im Rahmen des achten Workshops an der Ludwig-Maximilians-Universität ihre besten Maßnahmen vor. Anschließend wählten die Betriebsvertreter daraus die drei gelungensten Maßnahmen aus. Bei Ökoprofit erarbeiten die teilnehmenden Betriebe technische und organisatorische Maßnahmen und sensibilisieren ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Ziel, Umweltbelastungen zu vermeiden oder zu reduzieren und dadurch gleichzeitig Kosten zu senken. Dies wird durch den Erfahrungsaustausch in gemeinsamen Workshops sowie Beratungen vor Ort durch externe Umweltberater erreicht. Die Verbesserungen erstrecken

sich über alle umweltrelevanten Bereiche wie Energie, Klimaschutz, Wasser und Abfall.
Folgende Ökoprofit-Teilnehmer stellten ihre bisher beste Maßnahme vor und wählten anschließend die drei besten Maßnahmen: Alkor GmbH Kunststoffe, Arabella Sheraton Grand Hotel, Blomberger Karosserie- & Lackzentrum, F.X. Rauch GmbH & Co KG, FTI Touristik, Gasteig München GmbH, Hageda-Stumpf GmbH & Co. KG, Ikea Deutschland GmbH & Co. KG, J.Gotteswinter Grafischer Betrieb, Keller & Kalmbach GmbH, Landeshauptstadt München – Friedhofverwaltung, Ludwig-Maximilians-Universität München, Schwarzer GmbH, Staufer Textilpflege GmbH, SwissLife - Schweizerische Lebensversicherungs- und Rentenanstalt, SWM-Bäderbetrieb Hallenbad Giesing-Harlaching, The NewGen Hotels AG Novotel München Messe und Versicherungskammer Bayern.
Den ersten Platz belegte das Blomberger Karosserie- & Lackzentrum. Die Mitarbeiter sparen dort pro Jahr 200 Liter Lack und 2.600 Liter Heizöl ein. Durch die Beteiligung der Mitarbeiter in der Lackiererei werden fast neun Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxid (CO_2) weniger emittiert und 11.600 Euro pro Jahr eingespart. Rund 2.000 Euro werden als Ökojahresprämie wieder an die beteiligten Mitarbeiter ausgeschüttet. Investitionskosten fallen dabei nicht an.
Auf Platz zwei landeten gleich zwei Maßnahmen: Die Alkor GmbH Kunststoffe baut eine verbrauchsgeregelte Steuerung für ihre derzeit vier Kompressoren ein und installiert einen fünften Kompressor. Durch eine effizientere Regelung der Leistung der Kompressoren verbraucht sie rund 450.000 Kilowattstunden (kWh) Strom pro Jahr weniger, reduziert den Ausstoß von CO_2 um jährlich rund 288 Tonnen und spart dadurch 35.000 Euro jährlich an Kosten ein. Dem stehen Investitionskosten von einmalig 30.000 Euro gegenüber. Die Maßnahme macht sich also bereits innerhalb des ersten Jahres bezahlt.
Die Friedhofverwaltung der Landeshauptstadt München reduziert den Wasserverbrauch der Brunnen für die Bewässerung der Gräber. Durch den Einbau eines Schwimmsystems und von Einlaufventilen werden 5.000 Kubikmeter Wasser und 5.000 Euro pro Jahr eingespart, bei Investitionskosten von einmalig 16.500 Euro.
Die Ikea-Niederlassung in Brunnthal wurde für den Austausch von 1.100 Leuchtstoffröhren mit niedrigerem Verbrauch in der Tiefgarage auf Platz drei gewählt. Durch die Einsparung von 116.000 Kilowattstunden wird der CO_2-Ausstoß um 79 Tonnen pro Jahr gesenkt und die Stromrechnung sinkt um fast 14.000 Euro jährlich. Bei Investitionskosten von 55.000 Euro rentiert sich diese Maßnahme innerhalb von vier Jahren.

Die finanziellen Einsparungen der besten 18 Maßnahmen addieren sich für die 18 Betriebe auf 228.000 Euro pro Jahr. Viele dieser Maßnahmen rechnen sich, wie die obigen Beispiele zeigen, bereits innerhalb des ersten Jahres.
Durch die 18 besten Maßnahmen sparen die Betriebe pro Jahr 1.140.000 Kilowattstunden Strom, 43.000 Kubikmeter Wasser und Abwasser, 2.600 Liter Heizöl, 17 Tonnen Restmüll, zwei Tonnen Salz und 200 Liter Lack. Der Kohlendioxid-Ausstoß reduziert sich allein durch die Energieeinsparung um jährlich 746 Tonnen.
Ökoprofit ist ein Projekt der Referate für Arbeit und Wirtschaft sowie für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München. Unterstützt werden sie von der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, dem Abfallwirtschaftsbetrieb München und den Stadtwerken München. Die Umweltberatungsfirma Arqum aus München betreut das Projekt. Rückfragen und weitere Informationen: Arqum, Telefon 12 10 99 40, Ulfried Müller, Telefon 2 33-2 76 68 oder Petra Ritson, Telefon 2 33-4 77 46.

Lesung und Gespräch mit Anja Tuckermann

(20.2.2008) Am Montag, 25. Februar, wird Anja Tuckermann, derzeit Stipendiatin der Villa Waldberta und Autorin des Buches „Denk nicht, wir bleiben hier! Die Lebensgeschichte des Sinto Hugo Höllenreiner", für eine Lesung und ein Gespräch in die KZ-Gedenkstätte Dachau kommen.
Hugo Höllenreiner wuchs gemeinsam mit seinen fünf Geschwistern im Münchner Stadtteil Giesing auf. Sein Vater unterhielt ein kleines Fuhrunternehmen, seine Mutter verkaufte Spitzen und Kurzwaren. Die Kindheit Hugos endete jedoch abrupt, als er im Alter von neun Jahren 1943 mit seiner ganzen Familie in das so genannte „Zigeuner-Lager" in Auschwitz-Birkenau deportiert wurde. Nur der mutige Widerstand seines Vaters und vieler anderer Männer gegen die SS konnte verhindern, dass seine Familie in der Gaskammer von Birkenau getötet wurde.
Der Weg führte Hugo schließlich von Auschwitz über Ravensbrück und Mauthausen nach Bergen-Belsen, wo er im April 1945 völlig entkräftet von britischen Soldaten befreit wurde. Am Kriegsende waren 36 Familienmitglieder von den Deutschen getötet worden; er, seine fünf Geschwister und seine Eltern hatten überlebt.
Gemeinsame Gespräche mit der Schriftstellerin Anja Tuckermann wurden zur Grundlage für ein Buch mit der Lebensgeschichte von Hugo Höllenreiner. Das Buch ist geprägt von den Erfahrungen Höllenreiners, die während vieler Jahre verdrängt waren und erst im Zuge der Gespräche wieder hervorgetreten sind. So entschloss sich die Autorin, den Text in enger An-

lehnung an die Sprache von Hugo Höllenreiner zu verfassen, um zu zeigen „dass die Vergangenheit für Menschen wie Hugo Höllenreiner Teil ihrer Gegenwart ist, man sie also nicht einfach durch Verschweigen vergessen kann". Ergänzt durch Zitate Höllenreiners wurde das Buch so zu einem Zeugnis ihrer Gespräche.
Anja Tuckermann, geboren 1961 in Selb, lebt in Berlin und ist als freie Journalistin und Schriftstellerin tätig. Zu ihren Arbeiten zählen Romane, Erzählungen, Theaterstücke und Libretti. Für ihr Werk erhielt sie bereits mehrfach Auszeichnungen, das Buch „Denk nicht, wir bleiben hier!" wurde 2006 mit dem Deutschen Literaturpreis in der Kategorie Sachbuch gekürt. Bis Ende Februar 2008 ist Anja Tuckermann Stipendiatin der Villa Waldberta der Stadt München.
Das Buch ist als gebundene Ausgabe im Carl Hanser Verlag erschienen (ISBN: 978-3-446-20648-9) und seit kurzem auch als Taschenbuch (Reihe Hanser im Deutschen Taschenbuchverlag DTV, ISBN 978-3-423-62336-0) erhältlich. Es kann im Anschluss an die Lesung erworben werden.
Die Veranstaltung findet um 19 Uhr im Seminarraum der KZ-Gedenkstätte Dachau, Alte Römerstraße 75, statt. Es besteht die Möglichkeit, am Abend auf dem Gelände der Gedenkstätte zu parken. Die Einfahrt befindet sich an der Alten Römerstraße am zweiten Wachturm.

Ausstellungseröffnung Yoshua Okon „Subtitle" in der Lothringer 13
(20.2.2008) Am Donnerstag, 21. Februar, 19.30 Uhr wird in der Lothringer 13 – Städtische Kunsthalle München in der Lothringer Straße 13 – die Ausstellung „Subtitle" des mexikanischen Künstlers Yoshua Okon eröffnet. Okon zeigt in seiner Ausstellung sieben Videoinstallationen, entstanden 1997 bis 2007. Er arbeitet mit nicht-professionellen Darstellern, die er zufällig auf der Straße trifft. Okon möchte ihnen damit ein Forum bieten, ihre eigenen Träume und Fantasien auszuleben, die vielleicht den schlimmsten Alpträumen der Betrachter entsprechen. Hierbei wird die Kamera zu einem Vorwand, einem Mittler, einem Schutzschild oder sogar zu einem Spiegel. Als Spiegel zeigt sie beispielsweise das Unbehagen des Betrachters und seine unmittelbare Nähe zum Geschehen. Der Betrachter wird als Beobachter von den teilweise problematischen und polemischen Begebenheiten in gewisser Weise integraler Bestandteil der künstlerischen Arbeit. Okons Arbeiten offenbaren nicht nur die Gefahren der Kunst für den Künstler und seiner Kollaborateure, sondern sie stellen auch ein Risiko für die Subjektivität des Betrachters dar, indem er ihn beim unbehaglichen Betrachten zu seinem Komplizen werden lässt. Die konstruierten Ideen von der Welt und den Menschen, die künstlich errichtete Grenze zwischen

Wahrheit und Fiktion, Realität und Kunstwerk, Traum und Leben werden in Yoshua Okons Arbeiten widergespiegelt.
Die Ausstelllung „Subtitle“ ist vom 22. Februar bis 27. April 2008, Dienstag bis Sonntag von 14 bis 20 Uhr, zu besichtigen. Der Eintritt ist frei. Infos unter: *www.lothringer-dreizehn.com,* E.-Mail: info@lothringer-dreizehn.com oder presse.kulturreferat@muenchen.de

Konzerte im Musikinstrumentenmuseum
(20.2.2008) Das Musikinstrumentenmuseum im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, lädt am Sonntag, 24. Februar, zu folgenden Konzerten ein:

- Um 11 Uhr spielt der junge, mit vielen Preisen ausgezeichnete Pianist Vadim Chaimovich Werke von Bach, Brahms und Chopin.
- Um 15 Uhr spielen Schülerinnen und Schüler von Jorge Sutil Werke von Beethoven, Kreisler und Tschaikowsky.

Zu beiden Konzerten ist der Eintritt frei.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 20. Februar 2008

Postfilialen – ist die Versorgung in der Altstadt gefährdet?
Anfrage Stadtrat Richard Quaas (CSU) vom 22.1.2008

Antwort Dr. Reinhard Wieczorek, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 22.01.2008 führten Sie als Begründung aus:
„Dem Vernehmen nach plant die Deutsche Post AG in nächster Zeit schon wieder eine Umstrukturierung ihrer Postfilialen in der Münchner Innenstadt.
Nach Verkauf der alten ‚Hauptpost' an der Residenzstraße durch die Telekom, dem folgenden Auszug der Post aus diesem Gebäude und der Verlegung dieser Filiale in die Sparkassenstraße, ist nun offenbar der andere Altstadtstandort an der Reihe.
Offenbar steht der Verkauf des Postgebäudes an der Sattlerstraße kurz bevor oder ist bereits vollzogen. Angedacht ist wohl eine Zusammenlegung beider Altstadtfilialen an einem neuen Standort. Damit würde in der Stadtmitte eine deutliche Verschlechterung der Versorgung mit Postdienstleistungen für Firmen, Einzelkunden, aber besonders auch für Touristen in Kauf genommen, die nicht im Interesse der Stadt sein kann."

Die in Ihrer Anfrage gestellten Fragen können wie folgt beantwortet werden:

Frage 1:
Sind der Stadt Pläne der Deutschen Post AG zu einer Neuordnung des Postdienstleistungsangebotes in der Stadtmitte bekannt?

Antwort:
Nein.

Frage 2:
Ist in diesem Zusammenhang geplant, die beiden Postfilialen in der Altstadt – Sparkassenstraße und Sattlerstraße – in nächster Zeit zusammenzulegen?

Antwort:
Nein. Laut Auskunft der Deutschen Post AG handelt es sich bei den zwei genannten Filialen um Postbank Finanzcenter. Diese sind so genannte „Flaggschiffe" im Filialnetz der Deutschen Post und bieten dem Kunden den postalischen Komplettservice sowie zusätzlich den Beraterservice der Postbank. Diese unternehmenseigenen Filialen gehören der Postbank Filialvertrieb AG und gehören somit zum Konzern der Deutschen Post.
Im Rahmen der Optimierung des gesamten Netzes ist die Deutsche Post AG immer bestrebt, für ihre Filialen optimale, d.h. für die Kunden gut erreichbare Lagen zu finden. Dies gilt dementsprechend auch für die beiden angesprochenen Standorte. Konkrete Pläne für Zusammenlegungen/Verlagerungen oder Schließungen der angesprochenen Standorte gibt es derzeit nicht.

Frage 3:
Wenn ja, seit wann ist das bekannt und kann dies im Sinn einer guten Versorgung der Innenstadt mit Dienstleistungsangeboten für Firmen, Einzelkunden, aber auch für Touristen sein?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 2.

Frage 4:
Gibt es, wenn die Informationen zutreffen, schon einen ausgewählten Standort für eine neue Altstadtfiliale der Post oder wie ist der Stand der Planungen?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 2.

Gleichbehandlung von hinterbliebenen Lebenspartnern mit Ehepartnern bei Bestattungen
Anfrage Stadtrat Thomas Niederbühl (Rosa Liste) vom 18.1.2008

Antwort Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt:

Ihrer Anfrage liegt folgender Sachverhalt zu Grunde:
„Unter Vorlage der notariell beglaubigten Vereinbarung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft gab ein in gleichgeschlechtlicher Partnerschaft lebender Bürger beim Städtischen Bestattungsdienst die Bestattung seines verstorbenen Lebenspartners in Form einer Feuerbestattung in Auftrag. Die Schwierigkeiten entstanden bei der Anordnung zur Feuerbestattung, die der hinterbliebene Lebenspartner nicht selbst treffen durfte und er sich dadurch gegenüber Ehepartnern nicht gleichberechtigt behandelt fühlt."

Herr Oberbürgermeister Ude hat mir Ihre Anfrage zur Beantwortung zugeleitet. Die darin aufgeworfenen Fragen beantworte ich unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Kreisverwaltungsreferates und in Abstimmung mit der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen wie folgt:

Frage 1:
Stimmt es, dass hinterbliebene Lebenspartner bei der Wahl der Bestattung und der Gestaltung und Pflege der Grabstätte hinterbliebenen Ehepartnern gleichgestellt sind, außer bei der Wahl der Feuerbestattung und der Art der Urnenbestattung?

Antwort:
Es ist richtig, dass hinterbliebene Lebenspartner/innen hinsichtlich des Nutzungsrechts an einer Grabstätte, dessen Gestaltung und Pflege den hinterbliebenen Ehepartnern/innen gleichgestellt sind. Auch über die Art der Urnenbestattung (mit oder ohne Angehörige/Urnentrauerfeier, etc.) und über den Bestattungsplatz können sie bestimmen wie Ehepartner. Nur bei der Wahl der Bestattungsart sind sie auf die Erdbestattung beschränkt.

Frage 2:
Wenn ja, was ist die Rechtsgrundlage?

Antwort:
Die Gleichstellung hinterbliebener Lebenspartner/innen mit hinterbliebenen Ehepartnern/innen bezüglich der Grabauswahl, des Erwerbs bzw. der Übertragung des Nutzungsrechts an der Grabstätte, deren Gestaltung und Pflege sowie der Bestimmung über die Art der Urnenbestattung ist in § 8 Abs. 3 a) und § 18 Abs. 2 Satz 3 der Satzung über die Bestattungseinrichtungen der Landeshauptstadt München (Friedhofsatzung) geregelt.
Die Voraussetzungen zur Genehmigung einer Feuerbestattung sind hingegen landesrechtlich in § 17 der Verordnung zur Durchführung des Bestattungsgesetzes (Bestattungsverordnung – BestV) geregelt. Für eine Feuerbestattung kommt es in erster Linie auf den Willen des/der Verstorbenen an. Ist dieser nicht nachweisbar, verweist § 17 Abs. 3 Satz 1 BestV hinsichtlich des dann maßgeblichen Willens auf die in § 1 Satz 2 Nr. 1 BestV genannten Angehörigen. Die Lebenspartner sind dort nicht genannt, so dass sie eine Feuerbestattung nicht bestimmen können.

Frage 3:
Stimmt es, dass hinterbliebene Lebenspartner im Gegensatz zu Ehepartnern nur Anspruch auf drei Sterbeurkunden haben?

Antwort:
Die Frage wurde vom KVR-II/13 (Standesamt) wie folgt beantwortet:
Wenn man vom Gesetzestext ausgeht, müsste die Frage bejaht werden. § 61 Abs. 1 PstG (Personenstandsgesetz) erwähnt „nur" den Ehegatten, nicht den Lebenspartner als Person, die berechtigt ist, eine Personenstandsurkunde zu beantragen und zu erhalten.
Eine Person, die nicht zu dem in § 61 Abs. 1 Satz 1 genannten Personenkreis gehört, muss das sogenannte rechtliche Interesse nachweisen bzw. das Recht auf Erteilung einer Personenstandsurkunde. Für die Vorlage von Sterbeurkunden beim Nachlassgericht, Krankenkassen und Rentenversicherung wird davon ausgegangen, dass das rechtliche Interesse gegeben ist und diese 3 Urkunden ausgestellt werden können.
Wenn nachgewiesen wird, dass ein rechtliches Interesse am Erhalt von weiteren Personenstandsurkunden zur Wahrnehmung von Rechten und Pflichten gegeben ist, dann können auch mehr als 3 Sterbeurkunden ausgestellt werden.
Der berechtigte Personenkreis – also Verwandte in gerader Linie wie Ehegatten und Abkömmlinge, erhält die bestellte Anzahl von Sterbeurkunden wie in der Anlage zur Sterbefallanzeige enthalten.

Das neue Personenstandsreformgesetz (PstRG), das 2009 in Kraft tritt, enthält in § 62 Abs. 1 nunmehr ausdrücklich den Lebenspartner als für Urkunden antragsberechtigte Person. Damit ist er dem Ehegatten gleichgestellt.
Es bestehen keine Bedenken, dem Lebenspartner – im Vorgriff auf das neue Recht – bereits jetzt mehr als 3 Sterbeurkunden auszustellen.

Frage 4:
Wenn ja, was ist die Rechtsgrundlage?

Antwort:
Siehe Antwort zu Frage 3.

Frage 5:
Gibt es sonst noch Unterschiede in den Rechten und in der Behandlung von hinterbliebenen Lebenspartnern zu Ehepartnern bezüglich der Bestattung und der Gestaltung und Pflege der Grabstätte?

Antwort:
In den Rechten gibt es sonst keine Unterschiede, da die Lebenspartner nach der Friedhofsatzung im Rang der Ehegatten das ***Recht*** zur Ausübung der Totenfürsorge haben, mit der landesgesetzlichen Einschränkung hinsichtlich der Anordnung der Feuerbestattung.
Unterschiede gibt es allerdings bei den ***Pflichten*** zur Ausübung der Totenfürsorge, die im Bestattungsgesetz und in der Bestattungsverordnung geregelt sind. Da die Lebenspartner dort nicht genannt sind, können sie nach Art. 14 Abs. 1 BestG von der Sicherheitsbehörde auch nicht aufgefordert werden, für die Bestattung zu sorgen und im Falle einer Ersatzvornahme auch nicht wegen der angefallenen Kosten in Anspruch genommen werden.

Frage 6:
Durch welche Veränderungen in städtischen Verordnungen zu Bestattungen und Friedhöfen kann eine Gleichstellung von Lebenspartnern mit Ehepartnern erreicht werden?

Antwort:
Durch keine. In der Friedhofsatzung der Landeshauptstadt München sind eingetragene Lebenspartnerschaften mit Ehegatten durch Ergänzung in § 8 Abs. 3 a) in allen dort regelbaren Belangen gleichgestellt.

Frage 7:
Müssen für die Gleichstellung Friedhofs- und Bestattungsgesetze auf Landesebene angepasst werden? Wenn ja, welche?

Antwort:
Ja. Art. 15 Abs. 2 Nr. 1 Bestattungsgesetz (BestG) – Pflichten zur Ausübung der Totenfürsorge – und § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 a Bestattungsverordnung (BestV) – Gleichrangigkeit der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit den Ehegatten – müssten ergänzt werden. Eine durchgängige Gleichbehandlung im Bestattungsrecht wäre wünschenswert.

Frage 8:
Wird sich der Oberbürgermeister beim Freistaat für eine Anpassung dieser Landesgesetze einsetzen, um hinterbliebenen Lebenspartnern eine rechtliche Gleichbehandlung mit Ehepartnern zu sichern?

Antwort:
Der Herr Oberbürgermeister wird eine Anpassung dieser Landesgesetze unterstützen und das Anliegen an den Bayerischen Städtetag herantragen.